

Gebührenordnung der Ärztekammer Hamburg vom 12. September 2018

Aufgrund von § 6 Abs. 6 i.V.m. § 19 Abs. 2 Nr. 1 des Hamburgischen Kammergesetzes für die Heilberufe (HmbKGGH) vom 14.12.2005 (HmbGVBl. S. 495 ff), zuletzt geändert am 21.02.2017 (HmbGVBl. S. 47) hat die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Hamburg am 12.09.2018 diese Satzung beschlossen, die die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz am 03.08.2019 gemäß § 57 HmbKGGH genehmigt hat.

§ 1 Geltungsbereich

(1) Die Ärztekammer hat nach den Bestimmungen dieser Gebührenordnung Anspruch auf Zahlung von Verwaltungsgebühren und Zinsen sowie auf die Erstattung von Auslagen.

(2) Die Vorschriften des Gebührengesetzes der Freien und Hansestadt Hamburg (Hmb-GebG) vom 5. März 1986 (HmbGVBl. 1986, S. 37) in der jeweils geltenden Fassung finden ergänzende Anwendung.

§ 2 Verwaltungsgebühren, Auslagen und Zinsen

(1) Die Ärztekammer erhebt Gebühren für die Inanspruchnahme von Kammereinrichtungen und für Leistungen und Tätigkeiten, die sie in Wahrnehmung ihrer Aufgaben erbringt (Amtshandlungen).

(2) Art und Höhe der Gebühren richten sich nach dem Gebührenverzeichnis in der Anlage. Für Amtshandlungen, die nicht im Gebührenverzeichnis enthalten sind, wird eine Gebühr erhoben, die nach im Gebührenverzeichnis bewerteten vergleichbaren Amtshandlungen zu bemessen ist.

(3) Mit der Gebühr sind alle der Ärztekammer entstehenden Kosten mit Ausnahme der besonderen Auslagen abgegolten.

(4) Besondere Auslagen sind

1. Postentgelte für besondere Zustellungsarten,
2. Kosten, die durch öffentliche Bekanntmachung oder Zustellungen entstehen,
3. Kosten, die durch die notwendige Hinzuziehung Dritter bei der Vornahme von Amtshandlungen entstehen,
4. die Kosten für die Verwahrung oder Vernichtung von Sachen einschließlich ihrer Beförderung zum Ort der Verwahrung oder Vernichtung.

Auslagen sind in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erheben.

(5) Die Erhebung von Säumniszinsen richtet sich nach § 19 HmbGebG.

§ 3 Gebührenpflichtiger / -gläubiger

- (1) Gebührengläubiger ist die Ärztekammer Hamburg.
- (2) Gebührenpflichtiger ist,
 1. wer die Amtshandlung selbst oder durch Dritte, deren Handeln ihm zuzurechnen ist, veranlasst oder
 2. wem die Amtshandlung zugute kommt oder in dessen überwiegenden Interesse die Amtshandlung vorgenommen wird oder
 3. wer an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen der Ärztekammer teilnimmt.
- (3) Zur Zahlung von Verwaltungsgebühren, Auslagen und Zinsen sind neben einem Minderjährigen auch dessen Eltern verpflichtet.
- (4) Zur Zahlung von Verwaltungsgebühren, Auslagen und Zinsen verpflichtet ist ferner, wer die Gebührenschuld durch Erklärung gegenüber der Ärztekammer übernommen hat oder für die Gebührenschuld eines anderen kraft Vertrages oder Gesetzes haftet.
- (5) Mehrere Kostenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 4 Gebührenfestlegung

Die Gebühren sind durch feste Sätze nach Maßgabe des § 6 Abs. 1 und 2 HmbGebG oder durch Rahmensätze festzulegen. Sind Rahmensätze vorgesehen, so gelten bei der Festsetzung der Gebühr im Einzelfall die in § 6 Abs. 1 und 2 HmbGebG genannten Grundsätze entsprechend.

§ 5 Entstehen der Gebührenpflicht und Fälligkeit

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht – soweit ein Antrag erforderlich ist – bei Antragstellung, im Übrigen bei Vornahme der Amtshandlung. Die Pflicht zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.
- (2) Gebühren und Auslagen werden mit der Bekanntgabe der Festsetzung oder, wenn im Festsetzungsbescheid ein abweichender Zahlungstermin genannt ist, zu diesem Termin fällig. Ein abweichender Zahlungstermin soll so bestimmt werden, dass zwischen dem Zugang des Gebührenbescheides und dem Zahlungstermin ein Zeitraum von einem Monat liegt.
- (3) Schriftstücke oder sonstige Sachen können bis zur Entrichtung der Gebühr zurückbehalten oder an den Gesamtschuldner auf dessen Kosten unter Postnachnahme der Gebühr übersandt werden.
- (4) Ein Widerspruch gegen die Gebührenfestsetzung hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 6 Gebühren in besonderen Fällen

(1) Ein gebührenfreier Rücktritt von der Teilnahme an einer Fortbildungsveranstaltung ist nur bis 2 Wochen vor Beginn der Veranstaltung durch schriftliche Erklärung oder per E-Mail möglich. Bei einem Rücktritt bis 3 Tage vor Beginn der Veranstaltung wird die Hälfte der Gebühr für die Veranstaltung, mindestens jedoch 25,00 Euro erhoben, wenn nicht Ersatz gestellt wird. Bei einem späteren Rücktritt wird die Veranstaltungsgebühr in voller Höhe fällig. Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, der glaubhaft zu machen ist, kann von der Festsetzung einer Gebühr gem. Sätze 2 und 3 abgesehen werden; bereits gezahlte Gebühren werden erstattet.

(2) Von der Erhebung einer Gebühr für einen Antrag auf Anerkennung einer Fortbildungsveranstaltung gem. Ziff. 6.2 der Anlage wird abgesehen, wenn die Fortbildungsveranstaltung kostenfrei und ohne finanzielle Unterstützung Dritter angeboten und der Antrag von einer Klinik oder Praxis, einem Verband, einer Fachgesellschaft oder einem Institut gestellt wird. Gleiches gilt für Veranstaltungen, bei denen die Ärztekammer Hamburg Mitveranstalter ist.

(3) Die Ärztekammer kann bei Fortbildungsveranstaltungen Gebührenermäßigungen für arbeitslose und geringverdienende Ärzte vorsehen.

(4) Von der Festsetzung der Gebühr für die Absage einer Weiterbildungs-, Kenntnis- oder Fachsprachenprüfung kann bei Vorliegen eines wichtigen Grundes abgesehen werden.

§ 7 Stundung, Ratenzahlung, Erlass

Auf Antrag des Gebührenpflichtigen kann die Ärztekammer Ratenzahlung bewilligen und in besonderen Härtefällen Gebühren ganz oder teilweise stunden oder erlassen. Die Voraussetzungen für die Stundung oder den Erlass sind auf Aufforderung nachzuweisen.

§ 8 Mahnung/Beitreibung

(1) Rückständige Gebühren werden zweimal mit monatlicher Zahlungsfrist angemahnt. Die zweite Mahnung erfolgt frühestens fünf Wochen nach der ersten Mahnung. Für die zweite Mahnung wird eine Gebühr von 10,00 Euro erhoben.

(2) Kommt der Gebührenpflichtige seiner Zahlungspflicht innerhalb eines Monats nach Versand der zweiten Mahnung nicht oder nicht vollständig nach, werden die Gebühren und Auslagen nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz der Freien und Hansestadt Hamburg beigetrieben.

§ 9 Entrichtung

Als Tag, an dem eine Zahlung entrichtet worden ist, gilt

- a) bei Übergabe oder Übersendung von Zahlungsmitteln an die Kasse der Ärztekammer Hamburg der Tag des Eingangs,
- b) bei Überweisung oder Einzahlung auf ein Konto der Ärztekammer Hamburg oder bei der Einzahlung mit Zahlkarte oder Postanweisung der Tag, an dem der Beitrag dem Konto der Ärztekammer Hamburg gutgeschrieben wird,

- c) bei Übersendung eines Verrechnungsschecks der Tag der Gutschrift bei der Bank.

§ 10 Verjährung

Die Verjährung der Gebührenforderung richtet sich nach § 22 HmbGebG.

§ 11 Inkrafttreten / Übergangsbestimmung

(1) Diese Gebührenordnung tritt mit Beginn des auf die Veröffentlichung im Hamburger Ärzteblatt folgenden Monats in Kraft. Zugleich tritt die Gebührenordnung der Ärztekammer Hamburg vom 23.09.1991, zuletzt geändert am 10.04.2017, außer Kraft.

(2) Auf Gebühren, die vor Inkrafttreten dieser Gebührenordnung entstanden sind, sind die bisher geltenden Bestimmungen anzuwenden.

Anlage zu § 2 Absatz 2 Gebührenverzeichnis

1. Allgemeine Gebühren

1.1	Ausstellung des Fachkundenachweises / Erweiterung der Fachkunde nach der Strahlenschutz-Verordnung (ohne Fachgespräch)	75,00 Euro
1.2	Ausstellung des Nachweises Teleradiologie	50,00 Euro
1.3	Ausstellung der Kenntnisbescheinigung im Strahlenschutz für med. Assistenzpersonal	50,00 Euro
1.4	Ausstellung des Fachkundenachweises nach NiSV	50,00 Euro
1.5	Ausstellung eines Befähigungsnachweises verkehrsmedizinische Begutachtung	50,00 Euro
1.6	Ausstellung eines Qualifikationsnachweises „Transplantationsbeauftragter Arzt“	50,00 Euro
1.7	Änderung- und Zweitfertigung von Arztausweisen und Urkunden	20,00 Euro
1.8	Kopie je Seite	0,30 Euro
1.9	Erfolglose Durchführung von Widerspruchsverfahren	100,00 bis 250,00 Euro
1.10	Fachgespräch für den Erwerb eines Fachkundenachweises nach der Strahlenschutzverordnung	200,00 Euro
1.11	Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung	20,00 Euro

2. Gebühren in Weiterbildungsangelegenheiten

2.1	Antrag auf Zulassung zur Prüfung zur Erlangung einer Weiterbildungsbezeichnung	
	a) je Antrag	300,00 Euro
	b) Wiederholungsprüfung	200,00 Euro
	c) Absage eines Prüfungstermins nach Erhalt der Ladung	30,00 Euro
2.2	Anerkennung von Weiterbildungsabschnitten	
	a) Tätigkeiten im Inland (Weiterbildungszeit)	100,00 Euro
	b) Tätigkeiten im Ausland	150,00 Euro
	c) Gleichwertigkeit gem. § 10 WBO	150,00 Euro
	d) Bestätigung von Facharztanerkennungen resp. Befugnissen für Tätigkeiten im Ausland	25,00 Euro
2.3	Internationale Weiterbildungsbezeichnungen	
	a) Anerkennung einer Weiterbildungsbezeichnung aus dem EU-Ausland	
	aa) automatische Anerkennung	50,00 Euro
	bb) Anerkennung im regulären Verfahren	150,00 Euro

	cc) Defizitprüfung	200,00 Euro
	b) Anerkennung einer Weiterbildungsbezeichnung aus einem Drittstaat	
	aa) Feststellung der Gleichwertigkeit	200,00 Euro
	bb) Kenntnisprüfung	200,00 Euro
2.4	Erteilung einer Weiterbildungsbefugnis	
	a) je Arzt und Antrag bei Neuanträgen	150,00 Euro
	b) je Arzt und Antrag für Anhebung	150,00 Euro
	c) je Arzt und Antrag auf Überprüfung des Fortbestehens	100,00 Euro
	d) je Antrag bei Verlegung der Weiterbildungsstätte	35,00 Euro
	e) Begehung zusätzlich nach Anzahl der an der Begehung beteiligten Personen	100,00 bis 450,00 Euro
	f) je Antrag auf Anerkennung als Weiterbildungs- institut	150,00Euro
	g) je Antrag auf Überprüfung des Fortbestehens der Anerkennung als Weiterbildungsinstitut	100,00Euro
2.5	Psychologische Psychotherapeuten	
	a) Anerkennung als Supervisor/Selbsterfahrungsleiter	150,00 Euro
	b) Fortgeltung und Überprüfung der Anerkennung als Supervisor / Selbsterfahrungsleiter	100,00 Euro
2.6	Anerkennung eines Weiterbildungskurses	
	a) Erstantrag	100,00 Euro
	b) Erweiterung	30,00 Euro
3.	Gebühr für die Inanspruchnahme der Prüfungskommission zur Überprüfung des Kenntnisstandes im Approbationserteilungs- verfahren nach der Bundesärzteordnung / Approbationsordnung	
3.1	Mündliche Prüfung je Antragsteller	470,00 Euro
3.2	Mündlich-praktische Prüfung je Antragsteller	900,00 Euro
3.3	Absage eines Prüfungstermins nach Erhalt der Ladung	300,00 Euro
4.	Gebühr für die Inanspruchnahme der Prüfungskommission zur Fest- stellung der für die Berufsausübung erforderlichen Sprachkenntnisse	
4.1	Mündliche Prüfung je Antragsteller	550,00 Euro
4.2	Absage eines Prüfungstermins nach Erhalt der Ladung	200,00 Euro

5. Gebühren für die Berufsausbildung von Medizinischen Fachangestellten

5.1	Eintragung eines Berufsausbildungsvertrages Bei Beendigung des Ausbildungsverhältnisses vor Beginn der Zwischenprüfung werden 200,00 Euro, bei Beendigung des Ausbildungsverhältnisses bis zum Beginn der Abschluss- Prüfung 130,00 Euro erstattet.	250,00 Euro
5.2	Wiederholungsprüfung	120,00 Euro
5.3	Zulassung zur Prüfung in besonderen Fällen nach § 45 BBiG	50,00 Euro
5.4	Prüfung erwerbsbiographischer Voraussetzungen für die Zulassung zur Umschulungs-Abschlussprüfung	200,00 Euro
5.5	Gebühr für Umschulungs-Zwischenprüfungen	75,00 Euro
5.6	Gebühr für Umschulungs- und Externen-Abschlussprüfungen	200,00 Euro
5.7	Begehung und Anerkennung von Ausbildungsstätten (z.B. Krankenhäuser; Umschulungsstätten)	300,00 Euro

6. Gebühren in Fortbildungsangelegenheiten

6.1	Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen Rahmengebühr pro Veranstaltung / Seminar / Kolloquium je Teilnehmer	20,00 bis 5.000,00 Euro
6.2	Antrag auf Anerkennung einer kostenpflichtigen und / oder gesponserten Fortbildungsveranstaltung je Antrag	50,00 bis 1.500,00 Euro
6.3	Antrag auf Anerkennung einer Fortbildungs- Veranstaltung für Medizinische Fachangestellte/ Arzthelfer/-innen je Antrag	50,00 Euro
6.4	Anerkennung von Fortbildungsveranstaltern gem. § 10 FBO	
	a) Erstantrag	700,00 Euro
	b) Folgeanträge je nach Stichprobenumfang	300,00 bis 2.100,00 Euro
6.5	Einbeziehung externer Gutachter	500,00 bis 1.000,00 Euro
6.6	Anerkennung strukturierter curricularer Fortbildungen der Bundesärztekammer	100,00 Euro
6.7	Ausstellung von Fortbildungszertifikaten für Medizinisches Fachangestellte je Antrag	10,00 Euro
6.8	Ausstellung eines Fachkundenachweises zur fachgebundenen genetischen Beratung	50,00 Euro

7. Gebühren für Maßnahmen der Qualitätssicherung

7.1	Prüfung und Überwachung des Bluttransfusionswesens nach dem Transfusionsgesetz	
7.1.1	Stationäre Einrichtung pro Jahr	300,00 Euro

7.1.2	Ambulante Einrichtung mit mehr als 50 Erythrozytenkonzentraten pro Jahr	100,00 Euro
7.1.3	Zertifizierung eines Transfusionsbeauftragten/ Transfusionsverantwortlichen	25,00 Euro
7.2	Qualifikation von Krankenhaushygienikern	150,00 Euro
7.3	Durchführung der Qualitätssicherung in der Reproduktionsmedizin je Datensatz	2,30 Euro
7.4	Maßnahmen der Qualitätssicherung als Ärztliche Stelle nach der Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Röntgenstrahlen (RöV) und der Verordnung über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen (StrlSchV) Die Gebühr wird als Jahrespauschale erhoben	
7.4.1	je Röntgenstrahler	250,00 Euro
7.4.2	ab 4 Gammakameras (Köpfe) für die Diagnostik einschließlich Therapie	1.500,00 Euro 3.000,00 Euro
7.4.3	ab 2 Gammakameras (Köpfe) für die Diagnostik einschließlich Therapie	1.000,00 Euro 2.000,00 Euro
7.4.4	ab 1 Gammakamera (Kopf) für die Diagnostik einschließlich Therapie	500,00 Euro 1.000,00 Euro
7.4.5	je Anwendungsform (z.B. Radiochirurgie, Markierung mit Nukliden etc.) ohne Gammakamera-Betrieb	500,00 Euro
7.4.6	1 Linearbeschleuniger incl. Zubehör	2.000,00 Euro
7.4.7	2 Linearbeschleuniger incl. Zubehör	3.000,00 Euro
7.4.8	ab 4 Linearbeschleuniger incl. Zubehör	4.000,00 Euro
7.4.9	je Therapieform	1.000,00 Euro
7.5	Durchführung einer Visitation durch Peers / je begangener Einrichtung	600,00 Euro
8.	Gebühren für die Inanspruchnahme der Ethik-Kommission und der Geschäftsstelle der Ethikkommission	
8.1	Klinische Prüfung AMG als federführende EK	
a)	Grundgebühr für Erstberatung (monozentrisch oder multizentrisch)	4.050,00 Euro
	je beteiligte EK	160,00 Euro
b)	Nachmeldung oder Umzug von Prüfstellen, Prüfer-/Stellvertreter oder Prüfer-/ Stellvertreterwechsel	je 530,00 Euro
c)	Substantielle Amendments (monozentrisch oder multizentrisch), z.B. Update Investigator's Brochure (substantielle Änderungen)	960,00 Euro
	je beteiligte EK	160,00 Euro
d)	Nicht-substantielle Amendments, z.B. Update IB (redaktionell) Werbematerial / Prüfplanverstöße	400,00 Euro
e)	Vorlage jährlicher Sicherheitsberichte (DSUR, SUSAR-Listen o.ä.)	400,00 Euro

f)	Vorlage jährlicher Sicherheitsberichte (DSUR, SUSAR-Listen o.ä.) mit Beratung in einer Sitzung	800,00 Euro
g)	Rücknahme oder Widerruf der Genehmigung	800,00 Euro
8.2	Klinische Prüfung AMG als beteiligte EK	
a)	Grundgebühr für Erstberatung	1.050,00 Euro
b)	Nachmeldung oder Umzug von Prüfstellen, Prüfer-Stellvertreter oder Prüfer-/ Stellvertreterwechsel	530,00 Euro
c)	Substantielle Amendments	400,00 Euro
d)	Nicht-substantielle Amendments	210,00 Euro
8.3	Klinische Prüfung MPG MP(D)G als federführende EK	
a)	Grundgebühr für Erstberatung (monozentrisch oder multizentrisch)	4.100,00 Euro
	je beteiligte EK	210,00 Euro
b)	Nachmeldung oder Umzug von Prüfstellen, Nachmeldung Wechsel von Prüfern	580,00 Euro
c)	Wesentliche Änderung (monozentrisch und multizentrisch), z.B. Update Investigator's Brochure (substantielle Änderungen)	1.100,00 Euro
	je beteiligte EK	210,00 Euro
d)	Nicht-wesentliche Änderung, z.B.Update IB (redaktionell) Werbematerial / Prüfplanverstöße	450,00 Euro
e)	Vorlage jährlicher Sicherheitsberichte	450,00 Euro
f)	Vorlage jährlicher Sicherheitsberichte mit Beratung in einer Sitzung	850,00 Euro
g)	Rücknahme oder Widerruf der Genehmigung	850,00 Euro
8.4	Klinische Prüfung MPG als beteiligte EK	
a)	Grundgebühr für Erstberatung	1.150,00 Euro
b)	Nachmeldung/ Umzug von Prüfstellen oder Nachmeldung Wechsel von Prüfern	580,00 Euro
c)	Wesentliche Änderungen	450,00 Euro
d)	Nicht-wesentliche Änderungen	260,00 Euro
8.5	Klinische Studie Berufsordnung als erstberatende EK	
a)	Erstberatung	
aa)	Grundgebühr	1.350,00 Euro
bb)	Grundgebühr für ausschließlich eigenmittelfinanzierte Studien	850,00 Euro
b)	Erstberatung im koordinierten Verfahren	2.000,00 Euro
c)	Änderungsantrag, z.B. Änderung im Studienprotokoll oder Information / Einwilligungserklärung, Studienleiterwechsel, Anzeige Biobank und Safety Reports	320,00 Euro
d)	Einreichung revidierter Studienunterlagen, z.B. Nachmeldung Prüfzentrum, An- und Abmeldung Arzt in bekanntem Zentrum, DFG-Bestätigung, Protokollverletzung, DSMB Letter	150,00 Euro
8.6	Klinische Studie Berufsordnung als nachgeordnete EK	
a)	Nachberatung	
aa)	Grundgebühr	680,00 Euro

bb) Grundgebühr für ausschließlich eigenmittelfinanzierte Studien	480,00 Euro
b) Nachberatung im koordinierten Verfahren	1.300,00 Euro
c) Änderungsantrag	160,00 Euro
d) Einreichung revidierter Studienunterlagen	80,00 Euro

8.7 Sonstige Gebühren

a) Einbeziehung externer Gutachter	500,00 bis 1.000,00 Euro
b) Wissenschaftlicher Fall (Beratung außerhalb der Sitzung)	170,00 Euro
c) Wissenschaftlicher Fall (Beratung in einer Sitzung)	800,00 Euro

**9. Gebühr für die Inanspruchnahme der Kommission
Lebenspende**

9.1 pro Antrag	1.250,00 Euro
9.2 Absage einer Explorationssitzung	200,00 Euro

**10. Gebühr für die Inanspruchnahme der Ethikkommission für
Präimplantationsdiagnostik Nord**

Pro Antrag je nach Beratungsaufwand	1.500,00 bis 3.000,00 Euro
-------------------------------------	----------------------------

Zuletzt geändert am 07.12.2020; in Kraft getreten am 11.04.2020
Zuletzt geändert am 06.12.2021; in Kraft getreten am 01.05.2022.
Zuletzt geändert am 05.09.2022; in Kraft getreten am 01.01.2023
Zuletzt geändert am 10.06.2024; in Kraft getreten am 01.09.2024.